
Gewerkschaftliche Situation und Aufgaben aus marxistischer Sicht Ein Entwurf zur Diskussion und Überarbeitung

Die Gewerkschaften stecken in einer tiefen Krise. In der Gesellschafts-, Tarif- und Organisationspolitik befinden sie sich gegenüber dem Kapital in der Defensive. Die gewerkschaftliche Linke kritisiert seit längerem die zunehmende Handlungsunfähigkeit, die wachsende organisatorische Schwäche und die nach wie vor überwiegend auf Sozialpartnerschaft ausgerichtete Politik der Mehrheit der Gewerkschaftsführungen. Die Zeit ist mehr als reif für eine Wende in der Gewerkschaftspolitik. Als einen Beitrag zur Diskussion in und außerhalb der DKP veröffentlichen wir an dieser Stelle einen Entwurf zur gewerkschaftlichen Situation und Aufgaben aus marxistischer Sicht von Wolfgang Teuber, Mitglied des Parteivorstandes der DKP. Wir wollen mit diesem Beitrag einen breiten Diskussionsprozess beginnen, der nach Überarbeitung und Beschlussfassung dieses Entwurfs im Parteivorstand der DKP seinen Abschluss finden soll.

1. Aktuelle Situation

Die gesellschaftspolitischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland verändern sich dramatisch. Von Armut sind nach offiziellen Angaben inzwischen 12,6 Prozent der Bevölkerung betroffen. Jährlich werden Hunderttausende Arbeitsplätze und Standorte vernichtet. Mit der Drohung Standorte zu verlagern oder zu schließen startete das Kapital ein Generalangriff auf die erkämpften Errungenschaften der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung:

Die Arbeitszeitverlängerung, die "sanfte" Tour der Lohnkürzung wird schrittweise durchgesetzt; die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche und mehr wird zunehmend zur Realität; die Tarifverträge werden immer weiter ausgehöhlt; das Betriebsverfassungsgesetz, insbesondere die Mitbestimmung, soll bis zur Unkenntlichkeit demokratischer Rechte entleert werden; Lohnkürzung, Kürzungen von Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie übertariflicher Lohnbestandteile werden zur alltäglichen betrieblichen Auseinandersetzung für die Betriebsräte; der Abbau von Arbeitsschutzrechten und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wird vom Gesetzgeber vorbereitet und von der Unternehmenseite in den Betrieben de facto schon jetzt umgesetzt; die Unfallversicherungen und Berufsgenossenschaften werden von der Kapitaleseite zunehmend in Frage gestellt.

Die Belastungen für die Arbeiterhaushalte, insbesondere aber für die durch Arbeitslosigkeit betroffenen sieben Millionen Menschen wachsen ständig. Die Kommunen legen die Belastung bedingt vor allem durch die Schuldsituation, auf die Bürgerinnen und Bürger um, die soziale Herkunft entscheidet über das Maß an Bildung und Ausbildung. Diese und weitere Entwicklungen signalisieren die deutliche Tendenz, dass die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse zu Gunsten des großen Kapitals, zu Lasten der kleinen Leute verändert werden.

Das Ausmaß an Armut und sozialer Ausgrenzung wächst erkennbar. Immer mehr Menschen wird die Würde genommen. "Sachzwanglogik" des Kapitals bestimmt die öffentliche Darstellung der Probleme. Den Menschen wird über alle Kanäle der bürgerlichen Medien permanent ins Bewusstsein gehämmert, dass es keinerlei Alternative zu dieser Entwicklung gäbe. Aber es gibt Alternativen. Sie zu entwickeln, für ihre Durchsetzung zu kämpfen, das ist die Herausforderung dieser Zeit für die organisierte Arbeiterbewegung, besonders die Gewerkschaften.

2. Gewerkschaftliche Gegenwehr nötig

Doch den Gewerkschaften fehlt heute eine gemeinsame Linie zur Gegenwehr. Eine gemeinsame Strategie z. B. in der Arbeitszeitfrage gibt es nicht. Das Ausspielen der Betriebe, der Standorte untereinander, findet seine Entsprechung auf der Ebene der Einzelgewerkschaften. Nach wie vor ist die deutsche Gewerkschaftsbewegung in einer tiefen Krise. Sie gerät immer weiter gegenüber dem Kapital in die Defensive.

Den Angriffen des Kapitals, den Angriffen und Erpressungen der Transnationalen Konzerne stehen die Gewerkschaften bisher zum großen Teil hilflos gegenüber. Ihnen fehlt eine Analyse der enormen weltweiten ökonomischen Veränderungen; eine Analyse des Zusammenbruchs des Sozialismus, der bis hinein in die Gewerkschaften seine Wirkung hat. Es fehlt eine gemeinsame Strategie des Widerstandes im DGB, im EGB und vor allem eine weltweite Strategie gegen die Transnationalen Konzerne.

Gewerkschaften müssen wieder zur Gegenmacht werden. Die Sozialpartnerschaftsillusion ist längst durch die Praxis widerlegt. Es gibt keinen gerechten Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital. Die Interessen der abhängig Beschäftigten, jener, die keine Arbeit mehr haben und von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe leben müssen, ihre Wünsche, Ziele, sozialen Leistungen und Rechte müssen

Maßstab gewerkschaftlicher Politik werden. Die Durchsetzung ihrer Interessen verlangt eine politische Begründung des Wirkens der Ziel- und Zukunftsvorstellungen der Gewerkschaftsbewegung. Wenn es in den zentralen Fragen gewerkschaftlicher Politik nicht zu einer Veränderung in Richtung gemeinsamer Gegenwehr kommt, ist der Niedergang der Gewerkschaften, das Abgleiten in die Bedeutungslosigkeit programmiert.

Die zentrale Aufgabe der Gewerkschaften muss es daher sein, sich das politische Mandat wieder zurückzuerobern. Ohne einen Politikwechsel für mehr Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit, ohne Veränderung der politischen Rahmenbedingungen wird es den Gewerkschaften nicht gelingen, die Defensive zu überwinden.

3. Veränderte ökonomische Bedingungen

Seit den 70er Jahren entwickeln sich gravierende ökonomische Veränderungen auf Weltmarkt. Das transnationale Kapital - kurz: die Multis - sind das strukturbestimmende Kapitalverhältnis des heutigen globalen Kapitalismus geworden. Sie sind die treibende Kraft der Globalisierung. Die Transnationalen Konzerne (TNK's) beherrschen die Weltwirtschaft. Ein Viertel der Weltwirtschaftsleistung wird von den 200 größten Multis erzeugt. Sie bestimmen den Welthandel, sie entscheiden über Investitionen, sie beherrschen Forschung und Entwicklung. Die Multis haben ein über die ganze Welt gestreutes Netzwerk von Produktionsstätten aufgebaut. In diesem Netzwerk beschäftigen z. B. die 100 größten Multis knapp 13 Millionen Arbeitskräfte. Diese weltweit verteilten Entwicklungs- und Produktionsnetzwerke führen dazu, dass sich die Produktionskosten nicht mehr im nationalen Maßstab berechnen, sondern im Bezug auf die Produktionsbedingungen im weltweiten Zusammenhang. Aber nur die Multis sind in der Lage, diesen Vorteil zu nutzen.

Auf der ganzen Welt wollen diese Konzerne die Arbeitskraft billiger haben. Sie erpressen die jeweiligen Belegschaften mit Verlagerung. Weltweit steht ihnen dafür ein Heer an Arbeitskräften zur Verfügung. Erstmals erlauben moderne Kommunikationstechnologien und Transportmittel sowie die weltweit gleiche angewandte Technologie dem transnationalen Kapital weltweit die billigsten Arbeitskräfte, die besten Absatzmärkte und die günstigsten Bedingungen zu kombinieren. Auf dieser Basis setzt sich eine globale Entwertung der Arbeitskraft durch. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen sollen auf die weltweit niedrigsten Niveau gebracht werden. Das Kapital geht dorthin wo der geringste Organisationsgrad der Gewerkschaften (oder gar keine) sind, wo die schlechtesten Arbeitsbedingungen herrschen und die geringsten Löhne gezahlt werden und machen dies zum Maß aller Dinge in den weltweiten Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit.

4. Es gibt kein zurück zum Sozialstaat

Viele Funktionäre in den Gewerkschaftsführungen glauben es gäbe ein Zurück zum sogenannten Sozialstaat in der Bundesrepublik der 70-er Jahre, doch dies wird nicht möglich sein. Da wird zum einen der Sozialstaat im Nachhinein mit seinen Mängeln und Defekten idealisiert, aber zweitens wird überhaupt nicht beachtet, dass es eine ganz bestimmte historische Konstellation war - geprägt von den inneren ökonomischen Bedingungen wie auch die äußeren der Systemkonkurrenz, auf deren Basis der sozialstaatliche Klassenkompromiss möglich war. Beide Aspekte treffen heute nicht mehr zu.

Die Logik des heutigen, globalisierten Kapitalismus ist inkompatibel mit sozialstaatlicher Regulierung. Die Erfahrungen der sozialen Kämpfe in Europa in der zurückliegenden Zeit zeigen, dass es selbst bei großen sozialen Bewegungen außerordentlich schwierig ist, soziale Rechte zu verteidigen.

Gescheitert ist außerdem der Versuch der keynesianischen Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie der 70-er Jahre, die darauf hinauslief, das Geld, das sie dem Kapital nicht wegnehmen wollte - denn wirkliche Umverteilung war Tabu - das sie aber trotzdem für Sozial- und Beschäftigungspolitik brauchte, aus dem wirtschaftlichen Wachstum und durch Staatsverschuldung zu finanzieren.

Finanziert wird dieser gewaltige Schuldendienst durch Sozialabbau und Ausverkauf öffentlichen Eigentums. Wachstumszuwächse stehen nicht mehr zur Verfügung. Dies zeigte, die Verteilungsfrage lösen zu wollen, ohne die Eigentumsfrage zu berühren, hat nicht funktioniert.

Das macht vor allem deutlich: weitere wesentliche Unterschiede heutiger Reformpolitik zur sozialdemokratischen Reformpolitik der 70er Jahre besteht darin, dass Reformpolitik der politischen Konfrontation mit der Macht des Großkapitals, vor allem der Multis, nicht ausweichen kann, sondern sogar auf sie orientieren muss; dass mit Stellvertreterpolitik nichts mehr zu erreichen ist, sondern ein demokratisches, partizipatives, kämpferisches Politikverständnis erforderlich ist; dass über die Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise hinausgedacht werden muss, um Fortschritte innerhalb des Kapitalismus zu erreichen.

Sozialstaatliche Regulierung wird sich, wenn überhaupt, nur noch durchsetzen lassen, wenn die sozialen Bewegungen, vor allem die Gewerkschaften und die arbeitende Klasse den Klassenkampf mit antikapitalistischem Charakter entwickeln und strukturelle antimonopolistische Reformen durchsetzen.

5. SPD und Gewerkschaften

Das alte Band zwischen der SPD und den Gewerkschaften zerfasert, wird dünner und steht vor einem endgültigen Bruch. Die Gewerkschaften stehen damit vor einer völlig neuen Situation: der politische Partner ist abhanden gekommen. Ja, er hat die Fronten gewechselt. Dies führt verständlicherweise zu Orientierungsschwierigkeiten.

Doch Teile der Gewerkschaften werfen sich - in der Hoffnung, Einfluss zu retten - auch dieser SPD-Politik an den Hals. Wenn die Anbindung der Gewerkschaftsbewegung an die SPD und deren Regierungspolitik fortgesetzt wird, wird dies über kurz oder lang zu einer Existenzkrise der Gewerkschaften führen. Sie muss aufgebrochen werden. Die SPD ist inzwischen wie die Grünen eine auswechselbare Variante zur CDU/CSU und FDP geworden. Wenn die Gewerkschaften eine Zukunft haben wollen, dann müssen sie sich konsequent von der Unterordnung unter die SPD lösen, eine autonome Interessenvertretung betreiben, selbst politisch und Teil einer Massenbewegung gegen Arbeitslosigkeit und neoliberale Zerstörung werden.

6. Innergewerkschaftliche Demokratie

In vielen Gewerkschaften liegt die Vertrauensleutearbeit am Boden. Sie neu zu intensivieren muss innergewerkschaftlich vorrangige Aufgabe sein, auch weil dies eine Voraussetzung ist die Gewerkschaften stärker in den Betrieben zu verankern und den Mitgliederrückgang zu stoppen. Der in der letzten Zeit zunehmende Orientierung des gewerkschaftlichen Apparates auf die Arbeit der Betriebsräte kann damit ein notwendiges Korrektiv entgegen gesetzt werden. Die Rolle gewerkschaftlicher Vertrauenskörper muss genau so gestärkt und weiter entwickelt werden wie regelmäßige Mitgliederversammlungen in jenen Orten, in denen es keine Großbetriebe gibt. Die in einigen Bezirken stattfindende gewerkschaftliche Stadteilarbeit ist flächendeckend auszuwerten und ihre Erfahrungen für die gewerkschaftliche Arbeit nutzbar zu machen, um vor allem gesellschaftspolitische Positionen der Gewerkschaften unter breiten Teilen der Bevölkerung an Hand ihrer unmittelbaren Alltagsproblemen deutlich zu machen.

Im Sinne der Weiterentwicklung innergewerkschaftlicher Demokratie wäre es notwendig, wenn über Strategie und Taktik, aber auch über eine notwendige neue Programmatik und Zukunftsvorstellungen, ein umfassender Meinungs austausch organisiert wird. Die Verständigung der Mitglieder ist zunächst das Ziel, um dann auch eine stärkere Massenwirkung für die politischen Ziele und Forderungen erreichen zu können.

Die Umsetzung von Gewerkschaftstagsbeschlüssen muss verbindlich und abrechenbar organisiert werden. Dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft muss wieder Geltung verschafft werden.

Voraussetzung dafür ist, dass dem Parteienproporz von SPD und CDU in den Gewerkschaftsführungen ein Ende bereitet wird. Die Auswahl in die gewerkschaftliche Führungsarbeit ist nach den fähigsten Köpfen und nicht nach Parteibüchern vorzunehmen.

7. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit verliert immer weiter an Bedeutung. Die politische Bildungsarbeit wurde zusehends zerstört. Bildungsthemen zunehmend dem kapitalistischen Mainstream angepasst und dabei den Argumenten des Kapitals in die Hände gearbeitet, wie beispielsweise das gemeinsame Positionspapier der Hans-Böckler-Stiftung und der Bertelsmann-Stiftung gezeigt hat. An betrieblich relevanten Themen, an wichtigen Feldern der betrieblichen Auseinandersetzung ist die gewerkschaftliche Bildungsarbeit nicht mehr dran und kann daher keine Hilfe, Antworten und Alternativkonzepte zu den Kapitalstrategien vermitteln. Aufgabe gewerkschaftlicher Bildungsarbeit muss es wieder sein, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit aufzuzeigen und Bewusstsein für die eigenen Interessen zu entwickeln.

8. Gewerkschaftliche Aufgaben

Wichtigste Aufgaben der Gewerkschaften ist zur Zeit den Widerstand der Beschäftigten und Arbeitslosen gegen die Angriffe des Kapitals zu organisieren. Voraussetzung dafür ist die Entwicklung von gewerkschaftlichen Gegenstrategien zur kapitalistischen Globalisierung, einzelgewerkschaftsübergreifend, europa- und weltweit.

Notwendig ist daher beispielsweise, dass der Kampf gegen Betriebsverlagerungen verbunden werden muss mit dem Kampf um die Kontrolle des Kapitals (denn das Kapital darf eben nicht frei sein überall dahin zu gehen, wo die höchsten Profite winken):

für wirksame Mitbestimmung der Belegschaften und der Gewerkschaften über Investitionen, für staatliche Kapitalverkehrskontrollen,

für eine staatliche Politik, die sich den Anforderungen der Multis widersetzt und für die die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung und der arbeitenden Klasse Priorität hat.

Dabei werden die Belegschaften multinationaler Konzerne eine hegemoniale Rolle für die gesamte

Arbeiterbewegung spielen. Ihre Haltung und ihre Kämpfe haben eine Ausstrahlung, die weit über den direkt betroffenen Betrieb hinausgeht. Die Belegschaften der Multis sind der Teil der Klasse, der am engsten mit der modernen kapitalistischen Produktion verbunden ist, sie sind der Teil, bei dem objektiv die Herausbildung des internationalen Charakters der Klasse am weitesten fortgeschritten ist. Und sie bilden den Teil, der die kapitalistische Produktion am empfindlichsten treffen kann. Das zeigen die europaweiten Kämpfe der GM-Belegschaften 2000 zur Erhaltung des Produktionsstandortes Luton in England, das zeigte vor allem der zeitgleiche Streik der Hafentarbeiter in 14 Häfen Europas im März und September 2003 der entscheidend dazu beigetragen hat, die Port-Package-Richtlinie der EU zu verhindern, das machte aber auch der spontane Streik der Opel-Arbeiter in Bochum deutlich, durch den innerhalb kurzer Zeit die Standorte in Belgien, Schweden und anderen deutschen Werken betroffen waren. Von daher besteht für die Arbeiterbewegung die Herausforderung, nicht nur das koordinierte Handeln der nationalen Gewerkschaftsverbände zu organisieren, sondern auch die Organisierung der Belegschaften grenzüberschreitend entlang der Wertketten der modernen Produktion rund um den Globus voranzutreiben. Ein Konzept der internationalen Zusammenarbeit der Gewerkschaften muss entwickelt werden. Es geht also auch darum, innerhalb der Multis eine handlungsfähige Gegenmacht aufzubauen. Dabei muss die Eigentumsfrage stärker in den Mittelpunkt gestellt werden. Voraussetzung dafür ist, die Beendigung der Stellvertreterpolitik und die Entwicklung eines demokratischen, partizipativen, kämpferischen Politikverständnisses, womit neue Formen der Einbeziehung der Beschäftigten entwickelt werden können. Dabei müssen erfolgreiche und gescheiterte Kämpfe ausgewertet und neue Kampfformen erprobt werden.

9. Gewerkschaften und die soziale Bewegung

Angesichts der umfassenden Angriffe des Kapitals ist es notwendiger denn je, dass die Gewerkschaften die Zusammenarbeit mit Bündnispartnern weiter entwickeln. Eine unmittelbar wichtige Aufgabe ist dabei aus unserer Sicht, die Zusammenarbeit mit der sozialen und globalisierungskritischen Bewegung zu verstärken. Diese neue Bewegung gegen den Neoliberalismus, die kapitalistische Globalisierung und den imperialistischen Krieg kann die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stimulieren. Aber umgekehrt braucht diese Bewegung auch die organisierte Kraft der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung für die Schaffung einer sozialen und politischen Alternative. Nur mit einer sich entwickelnden außerparlamentarischen Bewegung, in der die Gewerkschaften ein wichtiger Motor sein können, kann das Kräfteverhältnis national und international verändert werden.

In Europa hat sich der Widerstand gegen die transnationale Agenda der Demontage des Sozialstaats in der Vergangenheit nur national formiert. Mit der Angleichung der Politik des Sozialabbaus der Regierungen der Mitgliedsländer der Europäischen Union eröffnet sich auch die Chance für einen europaweiten Kampf für die Verteidigung der sozialen Rechte. Die sozialen Bewegungen, die Gewerkschaftsbewegung, die systemalternative Linke müssen eine europäische Dimension annehmen. Ansonsten werden sie in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre untergehen.

10. Wende in der Gewerkschaftspolitik

Die Zeit ist reif für eine Wende in der Gewerkschaftspolitik. Das 1996 angenommene DGB-Programm passt nicht in diese Zeit und gibt keine überzeugenden Antworten auf die Herausforderungen von morgen. Real spielt es in der Gewerkschaftsbewegung keine Rolle. Das Ziel der Gewerkschaftsbewegung muss es sein, fortschrittliche Politik in der Gesellschaft hegemoniefähig und damit durchsetzbar zu machen. Niemand sollte sich Illusionen machen. Selbst ein Stopp der jetzigen Entwicklung wird nur durchsetzbar sein durch eine breite Mobilisierung der Belegschaften in den Betrieben. Der dringend notwendige Prozess der Reorganisation der Gewerkschaftsbewegung wird vermutlich längerer Zeit bedürfen. Es gibt allerdings keine Alternative dazu, wenn man nicht die Existenz der Gewerkschaften riskieren will.

Daher rufen wir Marxistinnen und Marxisten, die in den Gewerkschaften, in Betrieben und Verwaltungen tätig sind, alle Kolleginnen und Kollegen zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung auf. Lasst uns die Gewerkschaften wieder zu Organisationen der Interessenvertretung der arbeitenden Klasse machen. Lasst uns solidarisch mit einander streiten, Ideen entwickeln, gemeinsam kämpfen. Solidarität ist unsere Kraft.